

**Kantonsrat**

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 24. März 2026  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

### **A 470 Anfrage Fleischlin Priska und Mit. über die Stipendienvergabe im Kanton Luzern / Bildungs- und Kulturdepartement**

Priska Fleischlin ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Priska Fleischlin: Ich habe Diskussion verlangt, weil kürzlich die Vernehmlassung der Teilrevision des Stipendienwesens abgeschlossen wurde und unser Rat bald darüber diskutieren wird. Die Antwort des Regierungsrates zeigt auf, dass Handlungsbedarf besteht. Sie zeigt ebenfalls auf, dass die Gesamtsumme für Stipendien und Darlehen zu tief ist und der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert werden muss. Das heisst für mich auch, dass die Lebenssituation dieser Beantragenden zu wenig gewichtet wird und die Lebenskosten höher eingestuft werden müssen. Durchschnittlich werden 7200 Franken pro Jahr ausbezahlt. Das sind 600 Franken im Monat. Das reicht nicht, um Miete, Versicherungen, Essen, Mobilität sowie Schulkosten zu bezahlen, gerade bei einem Lehrlingslohn oder im Studium. Es ist in einigen, aber nicht in allen Familien möglich, dass diese Kosten von den Eltern übernommen werden. Bei Niedrigeinkommen ist es für die Eltern sehr wichtig, dass ihre Kinder selbst einen Beitrag zu den Lebenskosten beisteuern können. Das ist aber auch bei Personen mit Unternehmen oder Landwirtschaftsbetrieben sehr wichtig, da sie über sehr viele gebundene Mittel verfügen und diese angerechnet werden und deshalb der Zugang zu Stipendien oft verwehrt wird. Stipendien können aber auch sehr gut als Ersatz zur Sozialhilfe dienen. Es spielt eine Rolle, ob gerade junge Menschen Stipendien oder Sozialhilfe erhalten. Das ist ein ganz anderer Start ins Leben. Es gibt Beispiele aus anderen Kantonen, die das erfolgreich umgesetzt haben. Die Antwort zeigt weiter auf, dass die Lebenskosten nicht sehr realitätsnah abgebildet werden. Ein Satz aus der Antwort des Regierungsrates ist mir aber besonders ins Auge gestochen: «Dazu gilt zu erwähnen, dass immer nur so viel Geld ausbezahlt werden kann, wie politisch gewollt und vom Kantonsrat bewilligt ist.» Unser Rat ist sich wohl darin einig, dass wir gut ausgebildete Fachpersonen möchten. Dafür müssen wir uns aber auch einsetzen. Unser Rat kann politisch darüber entscheiden. Stipendien und nicht Darlehen eröffnen Menschen diesen Zugang. Es sollte im Interesse von uns allen sein, eine gute berufliche Grundbildung zu ermöglichen und jungen Menschen diesen Zugang nicht aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln zu verweigern. Oder dass sie ihre Lehre abbrechen, weil sie es sich nicht mehr leisten können. Ich habe Diskussion verlangt, weil in der Antwort aufgezeigt wurde, dass der Kanton Luzern eine unbefriedigende Zahl an Stipendienzahlen aufweist. Wir können zwar jedes Jahr sehr hohe Gewinne ausweisen, aber bei den Investitionen, namentlich bei den Stipendien, hinken wir weit hinterher. Das ist

unbefriedigend und ich rufe Sie auf, die Stipendien weiter zu unterstützen.

Tobias Käch: Alle Jahre wieder kommt das Christkind auf die Erde nieder, wo wir Menschen sind. Und alle Jahre, habe ich das Gefühl, sprechen wir hier in unserem Rat über die Vergabe von Stipendien. Es bestreitet niemand, dass es Optimierungspotenzial gibt. Auch nicht, dass Stipendien ein notwendiges und wertvolles Instrument sind. Wir können der Antwort des Regierungsrates entnehmen, dass sich die Situation bereits verbessert hat. Dass weitere Verbesserungen geplant sind, kann den Antworten der Regierung und der laufenden Vernehmlassung zur Teilrevision des Stipendienwesens entnommen werden. So sollen in dieser Teilrevision der Pro-Kopf-Beitrag erhöht und Erwachsenen der Zugang zu einem Berufsabschluss erleichtert werden, was wir unterstützen. Die Mitte gab sich bei der Vernehmlassung aktiv ein und ist gespannt auf die Diskussion im nächsten Jahr.

Irina Studhalter: Ich danke meinem Vorredner für seine Predigt. Die Erlösung ist aber noch nicht eingetreten, deshalb hören wir immer wieder davon. Bei den Kopf-Beiträgen von Stipendien ist der Kanton Luzern unterdurchschnittlich. Stipendien stärken aber die soziale Mobilität, sie sind unter anderem ein volkswirtschaftliches Instrument, das Sozialversicherungsausgaben nachhaltig stärkt. Stipendien sind günstiger als keine Stipendien. Wir Grünen wollen deshalb die Anspruchsberechtigung ausbauen und Stipendien statt Darlehen. Wir sehen Stipendien als eine Investition gegen den Fachkräftemangel, für Steuererträge, für einen sozialen Aufstieg sowie für eine gesellschaftliche Kohäsion.

Claudia Senn-Marty: Stipendien sind kein Sozialluxus, sie sind eine Investition in Chancengerechtigkeit, Eigenständigkeit und Zukunftsfähigkeit unseres Kantons. Wer heute in Bildung investiert, spart morgen bei der Sozialhilfe und stärkt gleichzeitig den Arbeitsmarkt. Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort auf, dass die Revision der Stipendienverordnung 2022 zu höheren Beiträgen und einer besseren Ausschöpfung der Mittel geführt hat. Das ist positiv und richtig. Ebenso begrüßen wir, dass die Kritik von Lustat an den im interkantonalen Vergleich tiefen Pro-Kopf-Stipendien ernst genommen und die Berechnung der massgebenden, anerkannten Kosten realitätsnah abgebildet und der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert werden soll. Die GLP erwartet, dass die anstehende Teilrevision des Stipendiengesetzes genutzt wird, um realistischere Kostenansätze, einen erweiterten Anspruchskreis und eine Annäherung an den nationalen Durchschnitt verbindlich festzulegen. Die GLP wird sich dafür einsetzen, dass Stipendien konsequent als Investition in Bildung, Selbstverantwortung und eine nachhaltige Sozialpolitik weiterentwickelt werden.

Urs Christian Schumacher: Die Idee, bei jungen Erwachsenen, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, Sozialhilfeleistungen in Stipendien umzuwandeln tönt gut, insbesondere, wenn damit effektiv der Start in die Arbeitswelt besser gelingt. Um Sozialhilfeempfänger möglichst schnell in einen Arbeitsprozess zu integrieren, benötigen sie eine Beschäftigung und eine Tagesstruktur. Daher sollten Stipendien für Aus- und Weiterbildungen vielmehr gezielt im Rahmen einer Anstellung oder eines Praktikums erfolgen, die dem Sozialhilfeempfänger Struktur und eine Arbeit geben. Viele Unternehmer in der Privatwirtschaft bezahlen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Weiterbildungen und ermöglichen Ihnen somit ein berufliches Weiterkommen, eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation und schaffen gleichzeitig einen Mehrwert für die Gesellschaft und den Betrieb. Das ist die Art, wie viele KMU und grössere Betriebe ihre soziale Verantwortung wahrnehmen, indem sie eigenes Geld in die Hand nehmen. Gegen Sozialhilfen im Sinn von Stipendien ist grundsätzlich nichts einzuwenden, nur sollten sie, wenn immer möglich, im Rahmen von berufsbegleitenden Umschulungen oder berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildungen vergeben werden. So könnten die Stipendienempfängerinnen und -empfänger gleichzeitig und von Anfang an in einen Arbeitsprozess integriert werden. Ein Stipendium für einen x-beliebigen Kurs oder ein

x-beliebiges Studium hat nicht das Potenzial, Menschen aus der Sozialhilfe in einen Arbeitsprozess zu integrieren und dem Fachkräftemangel gezielt entgegenzuwirken.

Ronny Beck: Die Anfrage greift ein wichtiges Thema auf. Stipendien sind ein zentrales Instrument, um jungen Menschen, aber auch Erwachsenen den Zugang zu Bildung zu ermöglichen und damit langfristig die finanzielle Unabhängigkeit zu fördern. Die FDP unterstützt den vom Regierungsrat skizzierte Weg einer gezielten Weiterentwicklung im Rahmen der geplanten Teilrevision des Stipendiengesetzes. Der Fokus soll klar auf qualifizierenden Abschlüssen, der beruflichen Integration und der Förderung der Eigenverantwortung liegen. Skeptisch stehen wir einer Vermischung von Stipendien und Sozialhilfe gegenüber. Ausbildungsförderung darf nicht zur einer verdeckten Existenzsicherung werden. Die Abgrenzung der Systeme und die finanzielle Verantwortung müssen gewahrt bleiben, auch im Zusammenspiel mit den Gemeinden. Stipendien sind ein wirksames Instrument zur Chancengerechtigkeit, wenn sie zielgenau, nachvollziehbar und finanzpolitisch verantwortbar eingesetzt werden. Diesen Weg unterstützen wir.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Stipendien sind ein gutes und wichtiges Instrument, um die Bildung in dieser Gesellschaft fördern zu können. Verschiedene Rednerinnen und Redner haben gewürdigt, was wir bereits getan haben. Der Kanton Luzern hat wesentliche Verbesserungen erzielt, insbesondere die Anpassung auf den 1. April 2022 hat mehr Mittel zur Auszahlung gebracht. Es ist uns auch gelungen, dass wir die Mittel entsprechend so auszahlen können, dass sie auch tatsächlich ausgeschöpft werden. Priska Fleischlin, es ist natürlich wichtig, dass dieser Budgetvorbehalt gilt, sonst würden Sie sich als Parlament selbst entmachten. Letztlich sprechen Sie ein Budget, und dieses Budget geben Sie uns, und wir können es so ausgeben, wie Sie es uns nach diesen Regeln gesagt haben, die wir vereinbart haben. Das ist unser System, und das soll auch in Zukunft so gelten. Tobias Käch, Sie haben speziell gewürdigt, dass das immer wieder eine Diskussion ist, das ist so. In jedem Aufgaben und Finanzplan (AFP) in den letzten Jahren, zumindest in den 16 Jahren, als ich diesem Rat auf Ihrer Seite angehörte, war es praktisch jedes Jahr ein Thema. Das hat aber auch die Wirkung erzielt, dass die Regierung mehrfach nachgebessert hat. Mit der Vorlage, die jetzt unterwegs ist, bringen wir wiederum eine Verbesserung zur Diskussion. Irina Studhalter, Sie haben gesagt, dass unsere Auszahlungen gegenüber dem schweizerischen Schnitt unterdurchschnittlich seien. Das wäre nicht so schlimm, weil wir eigentlich überall unter dem Schnitt liegen, wenn es um Finanzierungen geht. Das Problem ist, wir sind unterdurchschnittlich gegenüber der Peergroup, und das ist wirklich ein Problem. Deshalb nimmt es die Regierung ernst. Wir sind schlechter als jene Kantone, mit denen wir uns vergleichen wollen und die ähnliche Voraussetzungen haben. Deshalb ist es ein wichtiges Thema, und deshalb ist die Vorlage, die unterwegs ist, tatsächlich auch für uns wichtig. Wir müssen in Bewegung bleiben. Claudia Senn-Marty und auch andere Rednerinnen und Redner sprechen immer von diesem Investitionsbegriff. Damit habe ich immer ein bisschen meine Mühe, denn es sind politisch vielleicht schon Investitionen, aber wir sprechen nicht von Investitionen, sondern es gehört zu den Konsumausgaben. Urs Christian Schumacher, Sie sprechen von der Zusammenarbeit mit den Betrieben. Das kann man tun, das ist ein eigenverantwortliches Handeln, das wir nicht entsprechend regeln müssen. Ihre Skizze hat einfach das Problem, dass die vollschulischen Angebote und die allgemeinbildenden Angebote nicht abgedeckt sind. Wenn man den Weg über eine gymnasiale Maturität und an die Hochschule geht, dann fehlt irgendwo der Ansatzpunkt. In Ihrem Modell müsste man ja zwingend einen erheblichen Anteil arbeiten, damit eine solche Zusammenarbeit entstehen würde. Da wo sie möglich ist, bin ich absolut mit Ihnen einverstanden, aber es wäre kein Gesamtsystem, das wir entsprechend so aufsetzen

können. Ronny Beck, Sie haben zum Abschluss diese Vermischung von Stipendien und Existenzsicherung erwähnt. Da sind wir meines Erachtens sauber unterwegs. Wir haben den klaren Grundsatz aus dem Konkordat, das ist auch wichtig für Priska Fleischlin: Stipendien müssen nicht existenzsichernd sein. Das ist nicht das Ziel, es wurde auch gerichtlich so bestätigt, dass das so korrekt ist. Dieses Ansinnen wollen wir weiterhin leben, wir wollen Verbesserungen. Wir wollen gegenüber der Peergroup besser dastehen, und deshalb haben wir Ihnen diese Vernehmlassungsbotschaft vorgelegt. Wir sind gespannt, was Sie in Ihren Rückmeldungen geschrieben haben, und auch ich freue mich auf weitere Diskussionen zu diesem Thema.